

LUDWIGSBURG

STADT & KREIS

Von Emanuel Hege

In Freiberg soll im Frühjahr 2024 ein neues Baugebiet auf den Weg gebracht werden – doch schon jetzt gibt es dicke Luft. Eine Interessensgemeinschaft will die Bebauung der „Südlichen Wagnerstraße“ am Ortsrand in Richtung Ludwigsburg verhindern. Man brauche keine landwirtschaftliche Fläche und Frischluftschneise bebauen, neuer Wohnraum entstehe bereits im neu gestalteten Ortskern, argumentiert die Interessensgemeinschaft.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat Willi Zimmer winkt ab, er ist sauer. Seit zwei Jahrzehnten hat die Stadt kein Neubaugebiet mehr ausgewiesen, jetzt wolle man jungen Familien die Chance geben, zu bauen, und das werde wieder schlecht geredet. „Dieses allgemeine Dagegensinn, das nimmt einfach Überhand.“

Der schwebende Konflikt zwischen der Stadt und den Bürgern in Freiberg ist beispielhaft. Ob Interessensgemeinschaft oder Bürgerinitiativen – Bewegungen gegen Bauvorhaben aus der Mitte der Gesellschaft werden immer häufiger. Die Initiativen leben die direkte Demokratie, bremsen aber immer wieder den Fortschritt in Kommunen aus. Es fehlt an Verständnis und Gesprächsbereitschaft.



„Es wird nicht für etwas eingetreten, sondern fast immer gegen etwas.“

Jürgen Kessing, OB Bietigheim

der Ersten in der Region, die davon betroffen waren“, sagt der Bietigheim-Bissingener Oberbürgermeister Jürgen Kessing.

Mit dem Rückenwind der Reform gründete sich im Jahr 2016 eine Initiative gegen den Bau einer Müllvergärungsanlage im ehemaligen Steinbruch Fink – mit Erfolg. Die Bietigheimer durften im ersten Bürgerentscheid der Stadtgeschichte wählen und entschieden sich mit einer deutlichen Mehrheit gegen die Anlage.

Rathauschef Jürgen Kessing und weitere Bürgermeister in Baden-Württemberg warnen damals vor den negativen Auswirkungen der neuen Gemeindeordnung. „Ich habe damals bereits befürchtet, was jetzt immer häufiger eintritt. Es wird nicht für etwas eingetreten, sondern fast immer gegen etwas.“ Aus seiner Sicht wird durch die Reform häufiger Fortschritt verhindert, anstatt dass dieser gestaltet wird.

Die Anzahl der Bürgerinitiativen nehme durchaus zu, vor allem gegen Bauvorhaben, sagt Arne Pautsch. Er ist Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg und hat zu den Auswirkungen der Reform von 2015 geforscht. Der Anstieg der Initiativen sei demnach nicht nur auf die veränderte Gemeindeordnung zurückzuführen. Die hätten den



Bewegungen gegen die Bebauung freier Flächen sind inzwischen die Regel. Symbol-Foto: Horst Rüdell

Immer mehr Protest gegen den Protest

Bürgerinitiativen kämpfen häufiger für persönliche Interessen und nicht fürs Gemeinwohl, sagen Lokalpolitiker und ein Professor.

Bürgerinitiativen zwar Aufwind gegeben, Pautsch beobachtet in Teilen der Gesellschaft aber eine allgemein wachsende „Dagegen-Haltung“. Zudem gebe es immer mehr digitale Möglichkeiten, eine Bewegung zu starten und viele Menschen zusammenzubringen.

Durch das Internet sei es viel einfacher, dass sich Menschen mit dem gleichen Interesse zusammenfinden, sagt auch der Chef der CDU-Kreistagsfraktion Klaus Herrmann. „Eine Summe von Einzelinteressen ist aber noch nicht das Interesse des Gemeinwohls.“ Er sei nicht grundlegend gegen Bürgerinitiativen, sagt der erfahrene Lokalpolitiker. „Ich unterscheide aber zwischen denen, die sich

für etwas einsetzen, das alle Bürger bewegt, und denen, die sich für etwas einsetzen, das nur wenige interessiert.“

Für ihn spiegelt sich in vielen Bürgerinitiativen der gesellschaftliche Wandel wider. Die Identifikation mit der Gemeinde nimmt ab, der Individualismus in allen Lebensbereichen nimmt zu. Kurzum: Immer mehr Menschen engagieren sich laut Herrmann gegen ein Bauprojekt vor der eigenen Haustür, aber nicht für den Verein um die Ecke. Mit Beunruhigung beobachtet der ehemalige Landtagsabgeordnete zudem, dass die Initiativen immer emotionaler agieren. „Lange nicht alle, aber eine steigende Anzahl ist nicht offen für Kompromisse“, sagt

LANGE TRADITION DER BETEILIGUNG

Pioniere Baden-Württemberg hatte bereits 1956 Bürgerbegehren in der Gemeindeordnung verankert, als erstes Bundesland überhaupt. Das wurde jedoch jahrzehntelang kaum genutzt. Laut dem Experten Arne Pautsch rückten erst nach der Wiedervereinigung die Instrumente der direkten Demokratie ins Bewusstsein der Schwaben.

Schwerpunkt Süden Laut dem Verein „Mehr Demokratie“ konzentriert sich die Hälfte aller direktdemokratische Verfahren von 1956 bis 2022 auf zwei Bundesländer: 40 Prozent aller Verfahren (3485) wurden in Bayern und etwa 12 Prozent (1105) in Baden-Württemberg ausgelöst. Die Plätze dahinter belegen Nordrhein-Westfalen mit 943, Schleswig-Holstein mit 591 und Hessen mit 524 Verfahren. ehe

Herrmann. Auch der Ludwigsburger Hochschulprofessor Arne Pautsch beobachtet, dass einige Bürgerinitiativen gar nicht an einem sachlichen Austausch interessiert sind und mit dem „Kopf durch die Wand“ wollen. Der Wissenschaftler sorgt sich, dass sich die positiven Eigenschaften der direkten Demokratie aufweichen und stattdessen die Polarisierung zunimmt.

Pautsch warnt aber auch davor, alle Bürgergruppen über einen Kamm zu scheren. Ob der Anteil der einseitigen, destruktiven und sogar radikalen Initiativen zunimmt, könne man nicht sagen. Es gebe immer noch viele Gruppen, die konstruktiven Fortschritt wollen und wichtige Blickweisen einbringen würden, die Verwaltungen und Gemeinderäte übersehen.

Ein Beispiel dafür sind die Energie-Initiativen in Ludwigsburg und Bietigheim-Bissingen, die sich für einen Ausbau von Photovoltaik-Anlagen einsetzen. Die Gruppen machen konstruktive Vorschläge, die Ludwigsburger verstehen sich sogar als Unterstützer der Stadtverwaltung und der Räte – nicht als Gegenspieler.

Während der Oberbürgermeister Jürgen Kessing andeutet, die Reform aus dem Jahr 2015 sollte teilweise rückgängig gemacht werden, hofft Pautsch, dass sich die Vorteile der direkten Demokratie durchsetzen. „Ich finde, wir müssen an der direkten Demokratie festhalten, diese aber partizipativer gestalten.“ Sein Appell an Bürger, Verwaltungen und Gemeinderäte: Mehr Dialogformate, häufiger an einem Tisch sitzen und Alternativen und Kompromisse besprechen. „Und mehr Verständnis für die jeweils andere Position aufbringen.“

Der Dialog um die „Südliche Wagnerstraße“ in Freiberg am Neckar scheint zumindest bislang gescheitert. Die Interessensgemeinschaft wirft der Stadt vor, einseitige Informationen zu verbreiten. Immer mehr Freiburger würden sich wegen des Baugebiets sorgen. Die Stadtverwaltung beteuert, die Öffentlichkeit frühzeitig beteiligt zu haben. Die ablehnende Haltung würde vor allem aus der Ecke der betroffenen Anlieger stammen. Der Freiburger CDU-Stadtrat Willi Zimmer ist jedenfalls gefrustet: „Wir müssen uns gegenseitig zuhören und wieder lernen, an einem Strang zu ziehen.“

Kommentar

Einfluss der Initiativen geht uns alle an

Veränderungen sind wichtiger denn je. Das wirft die Frage auf, wie viel Eigeninteresse wir uns leisten können.

Bürgerinitiativen werden häufiger, und sind für Kreisräte, Gemeinderäte und Bürgermeister ungemütlich. Kein Wunder also, dass Lokalpolitiker wie Bietigheims OB Jürgen Kessing und Klaus Herrmann, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion, gegen die Bewegungen im Landkreis argumentieren. Doch auch für Bürgerinnen und Bürger gibt es Gründe, kritisch auf die Entwicklung der Bürgerinitiativen zu blicken. Die Gesellschaft im Landkreis Ludwigsburg und in der ganzen Republik steht vor der größten Herausforderung der Nachkriegsgeschichte: die sozialökologische Transformation. Darunter sammeln sich Themen wie die Energiewende, nachhaltiges Wirtschaften, Wohnraumangel, Verkehr und Konsum. Dass sich die Gesellschaft verändern muss, dass es auf schnelles Handeln, Kompromisse und das Zurückstellen einzelner Bedürfnisse ankommt – das sollte jeder verstanden haben. Die Betonung liegt auf „sollte“.



Von Emanuel Hege

Denn an einigen Bürgerinitiativen zeigt sich beispielhaft, dass ein Teil unserer Gesellschaft trotz der dramatischen Umwälzungen mit sturer Ablehnung auf Veränderungen reagiert. Selbst wenn diese notwendig sind, wie beispielsweise vor Ort Energie aus Windkraft zu gewinnen, Geflüchtete unterzubringen, die nun mal vor unserer Tür stehen oder um den ÖPNV auf der Schiene im Kreis auszubauen. Dabei ist es schade zu sehen, dass die konstruktiven Bürgerinitiativen von den Rückwärtsgewandten überschattet werden.

Wir haben einen Punkt erreicht, an dem Bürgerinitiativen im ganzen Land Zukunftsprojekte ausbremsen. Teilweise durchaus zu Recht, oft aber lediglich aufgrund individueller Interessen. Egoismus können wir uns als Gesellschaft aber nicht mehr leisten. Die Instrumente der direkten Demokratie müssen Bestand haben, es wird aber kein Weg daran vorbeiführen, die Wirkungsmacht von Gemeinwohl-Initiativen zu stärken, und die der Kleingruppen-Initiativen zu senken.

Landrat möchte ins Regionalparlament

LUDWIGSBURG. Landrat Dietmar Allgaier und die Regionalrätin sowie stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Elke Kreiser sollen die Liste für die CDU im Kreis Ludwigsburg bei der Regionalwahl im kommenden Jahr anführen. Über die weiteren Namen auf der Liste und damit eben auch über das Spitzenduo wird auf der CDU-Kreismitgliederversammlung am 1. März 2024 entschieden.